

NOTIZBUCH DER WOCHE

Irritation um Ort für Gedenken

VON JULIA RADGEN

Im Zuge des aktuellen politischen Klimas mit einem wachsenden Antisemitismus kommt dem 27. Januar – dem Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus – besondere Bedeutung zu. Auch in Langen gibt es heute eine Gedenkveranstaltung: um 18 Uhr im Gemeindesaal der Martin-Luther-Kirche, ausgerichtet von der Friedensinitiative Langen „Sicherheit neu denken“ und dem Evangelischen Dekanat. Vorab gab es bei der Friedensinitiative jedoch Irritationen bezüglich der Raumfrage. Im vergangenen Jahr habe es eine Gedenkveranstaltung zum Anlass im Alten Amtsgericht gegeben. „Gerne hätten wir auch dieses Jahr die Lokalität genutzt – ein städtischer Raum, um auszudrücken, dass dieses Gedenken keine Angelegenheit irgendwelcher Interessengruppen ist, sondern alle angeht“, schreibt die Friedensinitiative an die Redaktion. Doch die Veranstalter sind enttäuscht: „Eine Beteiligung der Stadt an einer Holocaust-Gedenk-Veranstaltung hat der Bürgermeister im Vorfeld ausgeschlossen. Und nun verweigerte er sogar Räume dafür“, erhebt der Zusammenschluss den Vorwurf. „Wir sind der Ansicht, dass Gedenken an den Holocaust eine Aufgabe der gesamten Stadtgesellschaft ist und in städtische Räume gehört“, so die Initiative.

Auf die Vorwürfe angesprochen, erklärt die Stadt, es sei richtig, dass sie keine Räume im Kulturhaus zur Verfügung stellt, allerdings sei die Veranstaltung nicht dort geplant gewesen. „Noch Mitte Dezember hatte das Evangelische Dekanat erklärt, keine städtischen Räume zu benötigen. Die Veranstaltung solle in Kooperation mit einer Schule in deren Räumlichkeiten stattfinden“, heißt es aus dem Rathaus. Erst kurzfristig sei dann das Kulturhaus angefragt worden. Zu diesem Zeitpunkt war die Stadt nicht mehr als Kooperationspartner im Boot, da das beim Fachdienst Soziales und Wohnen angesiedelte Bund-Länder-Projekt „Demokratie leben!“ (als geplanter weiterer Partner) von einer Haushaltssperre des Bundesfamilienministeriums betroffen ist und somit keine Gelder zur Verfügung stehen, heißt es aus dem Rathaus. „Die zentrale Gedenkveranstaltung der Stadt an die Opfer des Holocaust ist und bleibt die Veranstaltung mit Kranzniederlegung mit der Dreieichschule am 9. November“, heißt es weiter. Eine weitere begrüße man zwar, können sie aber weder finanziell, personell noch räumlich unterstützen.

Nun ist es ja noch mal gut gegangen, indem es eine Gedenkveranstaltung gibt – auch dank ehrenamtlichen Engagements. Ideal scheint die Absprache zum Ort nicht gelaufen zu sein, auch wenn es an diesem Tag wirklich um Wichtigeres gehen sollte. Sorge bereitet hingegen die Förderung für „Demokratie leben!“, die gerade in der Schwebe hängt. Die Projekte für Demokratiebildung und gegen Rechtsextremismus werden immer gebraucht, sind aber gerade nötiger denn je.

Aus der Rubrik „Hätte man fast nicht mehr dran geglaubt“ sind die Neuigkeiten zum EKZ Oberlinden: Der Abriss beginnt. Pläne gab es schon reichlich, fast eine Dekade lang beschäftigte die Lokalpolitik und unsere Redaktion die Thematik immer wieder. Nun ist das Vorhaben, dem Areal neues Leben einzuhauchen, so weit wie noch nie. Manch einer glaubt es wohl erst, wenn die Abrissbirne tatsächlich in Oberlinden anrückt, aber dass etwas gemacht wird aus dem verfallenen, gespenstisch wirkenden Gelände, ist zu begrüßen. Schade, dass es so lange gedauert hat, aber im Prozess hat sich herauskristallisiert, dass Einzelhandel wohl keinen Sinn mehr hat, Wohnbebauung mit Kita schon eher. Es ist auf jeden Fall – neben dem Sportpark – ein riesiges Projekt für den Stadtteil.